

Die Spaltung des CWI: Ein Bruch geht durch die Mitte

Martin Suchanek, Infomail 1066, 2. September 2019

Die Spaltung des CWI (Committee for a workers international = Komitee für eine Arbeiterinternationale) stellte für die Beteiligten wie für die außenstehenden BeobachterInnen des Prozesses sicher keine Überraschung dar. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Organisation in zwei etwa gleich große Gruppierungen zerbrach. Beide beanspruchten für sich, die „eigentliche“ internationale Strömung zu verkörpern und die politische und programmatische Tradition des CWI fortzuführen.

Der folgende Artikel gliedert sich in zwei große Abschnitte. Im ersten werden wir den Bruch nachzeichnen und auf einige Eigentümlichkeiten der Form der Auseinandersetzung eingehen. Alle Teile, die aus der Spaltung des CWI hervorgingen, reklamieren ebenso wie die ebenfalls aus der CWI-Tradition entstandene IMT (International Marxist Tendency = Internationale Marxistische Tendenz) das politisch-methodische Erbe ihrer Strömung für sich und sehen im Anknüpfen an diese Tradition einen entscheidenden Schritt zum Aufbau einer trotzkistischen, revolutionären Organisation. Genau diese Vorstellung werden wir im zweiten Teil des Textes kritisieren. Wir werden zeigen, dass in den politischen Grundlagen, die im CWI längst vor der Spaltung mit der IMT Anfang der 1990er Jahre beschlossen wurden, schon das eigentliche Problem angelegt war, das aufgrund der politischen Entwicklungen der letzten Jahre verstärkt an die Oberfläche trat und schließlich zur Spaltung führte.

Spaltung

Formell vollzog die Fraktion „In Verteidigung eines proletarischen, trotzkistischen CWI“ (In Defence of a Working Class Trotskyist CWI) den Bruch, als sie am 21. Juli auf einer Konferenz der Socialist Party, der Sektion in England und Wales, mehrheitlich den Kurs einer „Neugründung des CWI“ (Refoundation of the CWI) beschloss. Schon zuvor hatte die Fraktion mehrfach erklärt, dass sie unter keinen Umständen zulassen wolle, dass die Ressourcen des CWI „in die falschen Hände“ fallen.

Die internationale Konferenz, die im Anschluss an die Tagung der englischen und walisischen Sektion vom 22.-25. Juli stattfand und zu der nur die AnhängerInnen der Fraktion eingeladen wurden, vollzog diesen Bruch sodann auf internationaler Ebene. Die Spaltung war damit amtlich. Nach eigenen Angaben beteiligten sich Delegierte aus folgenden Ländern: England und Wales, Schottland, Irland, Deutschland, Frankreich, Österreich, Finnland, Indien, Sri Lanka, Malaysia, Chile und den USA. UnterstützerInnen aus Südafrika und Nigeria konnten wegen Visaproblemen nicht teilnehmen.

So optimistisch und zuversichtlich sich die Verlautbarungen dieser Strömung auch lesen mögen, sie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie nur eine Minderheit der Sektionen des CWI unterstützt.

Diese andere Strömung, die heute als „provisorisches Komitee“ des CWI auftritt, konnte sich formal immer auf eine Mehrheit im Internationalen Exekutivkomitee (IEK) der Organisation stützen, also eine Mehrheit des höchsten Leitungsorgans zwischen den internationalen Konferenzen. Die Strömung um Peter Taaffe kontrolliert hingegen nur das kleinere, eigentlich dem IEK verantwortliche und untergeordnete Internationale Sekretariat (IS). Nachdem sich abzeichnete, dass sich die Mehrheitsverhältnisse im IEK nicht mehr ändern ließen, entschloss sich die Fraktion um Taaffe offenkundig dazu, Kurs auf die Spaltung zu nehmen, indem sie sich weigerte, jedem Beschluss der „kleinbürgerlichen Mehrheit“ auf dem IEK kategorisch zu folgen, und in jedem Fall die Kontrolle über den Apparat der Organisation zu sichern gedachte. Dies geht schon daraus hervor, dass sich das von der Fraktion geführte IS schon im Frühjahr weigerte, eine Sitzung des IEK einzuberufen resp. einer solchen Folge zu leisten, um so nicht abwählt werden zu können.

Praktisch hatte sich auch die Mehrheit des IEK schon vor Ende Juli 2019 als eigene internationale Gruppierung zu formieren begonnen. Wichtige Sektionen hatten schon seit Monaten ihre Beitragszahlungen eingestellt und praktisch eine „Gegenfraktion“ zur „historischen Führung“ des CWI um Peter Taaffe aufgebaut.

In diesem Sinn sprach die Mehrheit des IEK, die sich auf die deutliche Mehrzahl der Sektionen stützt (wenn auch nicht unbedingt auf die Mehrheit der Mitglieder des CWI, da die englisch/walisische Sektion sicher noch immer die weitaus größte sein dürfte), durchaus zu Recht von einem „Putsch“ und einem offenen Bruch des Statutes des CWI.

Nur einen Tag nach der Konferenz der Socialist Party in England und dem Aufruf zur „Neugründung“ des CWI durch die „proletarische“ Fraktion trat auch die Mehrheit des IEK an die Öffentlichkeit. Während Taaffe und Co. das CWI neu gründen wollen, will die Mehrheit als CWI weitermachen. So lässt deren „provisorisches Komitee“ verlauten:

*„Neben den kriminellen Handlungen einer unverantwortlichen degenerierten bürokratischen Führung hat diese Krise für unsere Organisation auch das Gegenteil gezeigt: dass das CWI eine gesunde und lebendige Organisation ist, in der es einer Mehrheit gelungen ist, sich gegen die bürokratische Degeneration zu behaupten und die Einheit der überwiegenden Mehrheit unserer Internationale aufrechtzuerhalten, obwohl sie sich dabei gegen einige ihrer Gründer*innen mit größter Autorität behaupten muss.“*

Die CWI-Mehrheit ist vereint, intakt und verfügt über beträchtliche Kampfkraft in über 30 Ländern rund um den Globus!“

Wie bei jeder Scheidung können wir erwarten, dass in den nächsten Wochen und Monaten noch mehr oder weniger heftig um das Tafelsilber, also die Ressourcen der Organisation, gerungen wird – inklusive wechselseitiger Vorwürfe bürokratischer oder gar „krimineller“ Machenschaften.

Auch wenn die Mehrheit des IEK formal-demokratisch sicher im Recht ist, dass die Fraktion um Taaffe und die IS-Mehrheit das Statut gebrochen haben, so kann ein Blick in die Geschichte des CWI nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Vergangenheit beide Seiten an

solchen bürokratischen Manövern beteiligt waren – sei es beim Bruch mit der IMT, sei es bei der Duldung der kriminellen Methoden führender Mitglieder ihrer ukrainischen Sektion um die Jahrhundertwende, als diese gut ein Dutzend anderer internationaler Strömungen finanziell betrog.

Die Schwierigkeiten der Ursachensuche

Vor allem aber erklärt der Verweis auf die rasche und bürokratische Zuspitzung des Fraktionskampfes nicht, warum es überhaupt zu diesen Verwerfungen und schließlich zur Spaltung kam. Schon die Entstehung einer Fraktion um den Kern der internationalen Führung ist in Organisationen mit einem revolutionären Anspruch verwunderlich. In der Regel werden Fraktionen und Tendenzen zur Korrektur der politischen Linie der Organisation gegen die bestehende politische Führung gebildet, nicht als politisches Kampfmittel des Führungskerns.

Erst recht verwunderlich wird die Sache, wenn wir den unmittelbaren Anlass zur Gründung der Fraktion um Peter Taaffe in Rechnung stellen, nämlich eine Abstimmungsniederlage über die Tagesordnung auf einer internationalen Leitungssitzung Ende 2018. Damals wollten Taaffe und das von ihm geführte Internationale Sekretariat die Diskussion über die Arbeit der irischen Sektion ins Zentrum der Tagung rücken. Dieser wurde eine kleinbürgerliche Abweichung vom Programm des CWI vorgeworfen. Die IEK-Mehrheit folgte diesem Tagesordnungsvorschlag jedoch nicht, was die Strömung um Taaffe als eine Tolerierung, wenn nicht Zustimmung zum Opportunismus der irischen Sektion betrachtete.

Ein Blick auf deren Wahlkampagne und Intervention in die Anti-Abtreibungskampagne offenbart, dass dieser Vorwurf keineswegs unbegründet war. Wohl aber muss sich eine internationale Führung – zumal eine mit etlichen Hauptamtlichen – die Frage gefallen lassen, warum sie die Sitzung nicht mit einem Dokument zur Arbeit der Sektion vorbereitet hat und warum sie ihre Kritik nicht allen IEK-Mitgliedern und der irischen Führung schriftlich und anhand von Zitaten und Belegen zugänglich gemacht hat. Sie muss sich die Frage gefallen lassen, warum sie erst zu diesem Zeitpunkt mit ihrer Kritik rausrückte und eine opportunistische Entwicklung in der irischen Sektion feststellte, nachdem diese jahrelang aufgrund ihrer Wahlerfolge als „Kronjuwel“ des CWI über den grünen Klee gelobt worden war.

Auf all diese Fragen folgte beredtes Schweigen. Die internen Dokumente, die in den letzten Monaten über soziale Medien an die Öffentlichkeit kamen, umfassen zwar mehrere hundert Seiten – sie erlauben es jedoch kaum, die wechselseitigen Anschuldigungen anhand klarer Fakten und Argumente nachzuvollziehen.

Der Fraktion um Taaffe kann immerhin zugutegehalten werden, dass sie schwerwiegende politische Differenzen für die damals drohende und nunmehr vollzogene Spaltung des CWI ins Feld führte, nämlich eine kleinbürgerliche Abweichung vom Programm des CWI, eine Anpassung an den kleinbürgerlichen Feminismus, die Identitätspolitik sowie eine Abkehr von der ArbeiterInnenklasse als zentralem Subjekt der gesellschaftlichen Umgestaltung. Die irische Sektion und die Mehrheit des CWI würden in die Fußstapfen des

„Mandelismus“, also der Politik des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale, treten, der immer wieder aufgrund von Opportunismus und, in früheren Jahren, aufgrund von revolutionärer Ungeduld „Ersatzsubjekte“ für das Proletariat gesucht hätte.

In diesem Sinn versucht die Fraktion um Taaffe, eine politische Differenz ins Zentrum zu rücken, freilich ohne diese politisch-faktisch schlüssig zu untermauern. Den durchaus umfangreichen Dokumenten mangelt es nicht an scharfen Anschuldigungen, es fehlen aber überzeugende Darlegungen und Beweisführungen. Die „kleinbürgerlichen Abweichungen“ werden oftmals durch eher anekdotenhafte Erzählungen belegt, z. B. durch Berichte über politisch problematische Referate einzelner, auch führender GenossInnen der irischen Sektion. Eine Analyse ihrer Wahlplattformen oder eine Kritik an den opportunistischen Seiten ihrer Anti-Abtreibungsplattform wurde allenfalls angedeutet.

Beispiel Rosa

Die fehlende Propaganda für den Sozialismus durch die irische Sektion wurde unserer Meinung nach zu Recht angeprangert. Bemerkenswert ist freilich, dass in der gesamten „proletarisch-trotzkistischen“ Kritik überhaupt kein Bezug darauf genommen wurde, dass die von der CWI dominierte und angeführte Plattform „Reproductive rights against Oppression, Sexism and Austerity“ (Rosa) die Forderung nach unbefristeter und kostenloser Abtreibung auf Verlangen nicht aufstellte. Stattdessen beschränkte sie sich auf die nach einer 12-wöchigen Fristenlösung.

Es spricht zwar nichts dagegen, eine Massenkampagne für eine 12-wöchige Fristenlösung gegen ein gesetzliches Verbot der Abtreibung kritisch zu unterstützen. In Irland traten jedoch die schon bestehenden Anti-Abtreibungskampagnen Abortion Rights Campaign (ARC) und Cork Women's Right to Choose Group im Gegensatz zu Rosa immer schon für die radikalere Forderung nach Abtreibung ohne Fristenlösung ein. Die CWI-Sektion und die internationale Führung präsentierten Rosa zwar als „radikalere“, weil angeblich sozialistischere und proletarischere Kampagne, stellten aber bewusst die Forderung nach einer Fristenlösung auf, weil sie so hofften, dass die Kampagne dem bestehenden, oft auch katholisch beeinflussten „ArbeiterInnenbewusstsein“ leichter zu vermitteln wäre.

Dieser reale Opportunismus wie auch das Fehlen eines Übergangsprogramm der Sektion, das den Kampf um demokratische Rechte, soziale Forderungen mit dem Kampf um eine sozialistische Revolution verbunden hätte, wurde nicht einfach von der Sektion auf eigene Rechnung vorangetrieben. Über Jahre hindurch galten die Arbeit der Sektion, ihrer Abgeordneten, ihre breiten Kampagnen und ihre elektoralen Erfolge als Musterbeispiel „richtiger“ sozialistischer Intervention. Erst spät „entdeckte“ die ehemalige CWI-Führung die „Abweichungen“ – und „übersah“ dabei bis heute einen zentralen Aspekt des Opportunismus der Anti-Abtreibungskampagne.

Der Grund dafür ist wohl darin zu suchen, dass dies nicht ins Narrativ der „proletarischen“ Fraktion passt. Sicher hat diese, wenn auch spät, zu Recht kritisiert, dass die irische Sektion keinen Schwerpunkt darauf legte, Gewerkschaften in die Kampagne gegen die Abtreibung zu ziehen, dass leichtfertig und kritiklos Aussagen

kleinbürgerlich-feministischer Autorinnen oder Vertreterinnen der #Metoo-Bewegung übernommen wurden. All dies musste dann als Beweis für die Übernahme von Positionen des Feminismus und von Identitätspolitik herangezogen werden – freilich ohne selbst in langen Dokumenten zur „Identitätspolitik“ diese selbst einer marxistischen Kritik zu unterziehen oder deren theoretische und programmatische Reflexion in der Politik der irischen Sektion nachzuweisen. Stattdessen werden seitenweise die Errungenschaften der Frauenpolitik der britischen Militant-Strömung und CWI-Sektion angeführt, die zumeist mehrere Jahrzehnte zurückliegen.

Nicht minder bemerkenswert ist die Tatsache, dass Sektionen, denen heute ein Abrücken vom Proletariat vorgeworfen wird, noch im November 2018, also beim letzten Meeting eines gemeinsamen IEK, enorme Fortschritte attestiert wurden. So hätte sich beispielsweise die soziale Zusammensetzung der US-amerikanischen „Socialist Alternative“ positiv verändert und sie ihren Schwerpunkt auf die Gewerkschaften verlagert. Heute steht sie im Lager der „kleinbürgerlichen Abweichung“, des Opportunismus gegenüber Sanders und der Demokratischen Partei. Dabei „vergisst“ die „proletarische Fraktion“ um Peter Taaffe, dass der Opportunismus gegenüber Sanders, die Unterstützung seiner Präsidentschaftskandidatur im Rahmen der Demokratischen Partei (wie zuvor schon die Unterstützung grüner Kandidaturen wie der von Ralph Nader und Jill Stein) international anerkannte CWI-Politik war.

Anekdoten statt Argumente

Bei der Ursachensuche und beim inhaltlichen Nachvollzug der Spaltung ergibt sich generell eine Schwierigkeit. Auf Schuldigungen, Vorwürfe ... antworten beide Seite vor allem mit einer schier endlosen Aufzählung vergangener Ruhmestaten. So verweist die Strömung um Taaffe immer wieder auf die „glorreichen“ Zeiten des CWI, die sie offenkundig in den 1980er Jahren und Anfang der 1990er Jahre ansiedelt.

Die Mehrheit des IEK wiederum versuchte, sich gegen die Vorwürfe der Fraktion durch Relativierung und den Verweis auf eigene politische Erfolge zu behaupten. Mantraartig warf sie ihrerseits der Strömung um Taaffe vor, alles nur aufzubauschen und zu übertreiben.

Somit ergibt sich die Eigenart, dass nach vollzogener Spaltung beide Seiten versprechen, ausführlichere Dokumente zur Darlegung ihrer Kritik und ihres jeweiligen Standpunkts nachzureichen. Die Geschichte der „revolutionären“ Linken mag zwar reich an Spaltungen sein. In der Regel verfassten die im Streit liegenden Seiten jedoch ihre wichtigsten Fraktionsdokumente im Laufe des Kampfes – und reichten sie nicht erst nach der Spaltung nach.

Allein die Verlaufsform des Fraktionskampfes wirft ein problematisches Licht auf das Innenleben und die „demokratische Tradition“ des CWI. Gerade in solchen Kämpfen, die – darüber sollte sich kein/e RevolutionärIn Illusionen machen, auch zum Leben und zur Entwicklung kommunistischer oder sozialistischer Organisationen gehören –, zeigt sich auch die Reife und Qualität einer Organisation.

Differenzen in grundlegenden programmatischen

Fragen werden immer wieder zu Spaltungen führen, sollten sie nicht in eine Klärung münden (inklusive der Möglichkeit einer gemeinsamen, höheren revolutionären Synthese). Die Frage der Einschätzung „neuer“ sozialer Bewegungen, der Taktik und Politik in der entstehenden neuen Frauenbewegung, in der Umweltbewegung, in nationalen Befreiungskämpfen, im Kampf gegen Rassismus, in der Haltung zum Brexit und zur Krise der EU, der Taktik gegenüber Corbyn, die Charakterisierung Chinas, die Einschätzung der Weltlage ... stellen wirklich grundlegende Fragen dar, die jede Organisation, die ernsthaft einen revolutionären Anspruch stellt, beantworten muss.

Gerade in stürmischen Zeiten von Krise und

Instabilität, eines Vordringens der Rechten und des Rechtsrucks, aber auch von Massenwiderstand in der Situation der Defensive braucht eine revolutionäre Organisation vor allem Klarheit, Perspektive und deren Zusammenfassung in Form eines internationalen Programms. Jede andere Haltung mag möglich sein, nur ganz sicher ist sie weder proletarisch noch revolutionär.

Marxismus und Fraktionskampf

In diesem Sinne hätte der Fraktionskampf -

unabhängig davon, ob er zu einer Spaltung führte oder nicht - zu einer Klärung und politischen Schulung für tausende Mitglieder werden können. So endete

z. B. der Fraktionskampf in der US-amerikanischen, trotzkistischen SWP

1939/1940 zwar mit einer Spaltung, zugleich aber führte die Auseinandersetzung zu einer politischen Klärung grundlegender methodischer und programmatischer Fragen.

Es ist kein Zufall, dass im Laufe dieser Diskussion zwei „Klassiker“ zu Fragen des Parteaufbaus, Trotzki „In Verteidigung des Marxismus“ und Cannons „Kampf für die proletarische Partei“ entstanden.

Einen solchen erzieherischen, das Bewusstsein

und Verständnis des Leninismus und Trotzkismus hebenden Charakter kann die Debatte freilich nur haben, wenn in einer Krisenperiode die innerparteiliche

Demokratie ausgeweitet wird, um so ein Klima der Konzentration auf die politische Klärung zu schaffen. Trotzki ging in den 1930er Jahren sogar so

weit, einer kleinbürgerlichen Opposition in der US-amerikanischen SWP

parteiinterne Garantien innerparteilicher Demokratie und Loyalität zu geben -

unabhängig davon, wer bei der Konferenz eine Mehrheit gewinnen würde. Für den

Fall eines Sieges der bolschewistischen Mehrheit schlug er vor, der Opposition in der SWP(US) weitere Rechte als Minderheit (einschließlich einer begrenzten

öffentlichen Debatte der Differenzen) zuzugestehen. Für den Fall des Sieges der kleinbürgerlichen Opposition drängte er darauf, als loyale Minderheit für die

Richtungsänderung in der Partei zu kämpfen.

Im CWI hatte keine der beiden Strömungen eine

ernsthafte interne, klärende, die Mitglieder politisch weiterentwickelnde

demokratische und fraktionelle Auseinandersetzung im Sinn. Der demokratische

Zentralismus schien allenfalls als Lippenbekenntnis Bedeutung zu haben. Die

Fraktion um Taaffe zog aus einer möglichen Niederlage offenkundig den Schluss, dass es besser sei, das Vermögen und die Strukturen des Ladens so weit möglich

in Sicherheit zu bringen, statt auch nur für ein Jahr um die Mehrheit

organisiert zu kämpfen.

Diese Haltung scheint jedoch keineswegs nur von der „proletarischen“ Fraktion vertreten zu werden. Die Sektionen aus Spanien, Portugal, Venezuela und Mexiko, die seit dem 21. Juli 2019 als „Internationale Revolutionäre Linke“ agieren und auch in Deutschland MitstreiterInnen aus der Hamburger SAV gewonnen haben, verhielten sich recht ähnlich. Ursprünglich waren sie Teil der Fraktion um Peter Taaffe. Ende März 2019 traten jedoch auf einem Fraktionstreffen größere Differenzen zum Vorschein, was nicht nur mit dem Austritt der vier Sektionen aus der Fraktion, sondern auch gleich aus dem CWI endete.

Die Mehrheit des CWI-IEK beteuerte lange, dass die Differenzen eigentlich gar nicht real wären und alle auf dem Boden des CWI-Programms stünden. Naturgemäß trug diese Position auch nichts zur Klärung bei. Die scharfe Konfrontation auf dem IEK im November 2018 und die Gründung einer Fraktion erschienen so als eigentlich rein persönlich-bürokratisches Vorgehen, nicht als Ausdruck politischer Differenzen. Selbst wenn diese wirklich nur „übertrieben“ gewesen wären, so hätte sich die Mehrheit zumindest die Frage stellen müssen, was auf Seiten der Fraktion dazu geführt hatte, worin also deren politischer Fehler bestand. In ihrer Antwort auf die Abspaltung ist sie gezwungen, das gewissermaßen nachzuholen, wenn sie schreibt:

„Die ehemalige, für die tagtägliche Arbeit des CWI zuständige Führung, die einen bürokratischen Putsch in der Organisation durchgeführt hat (die Mehrheit des Internationalen Sekretariats und die Minderheitenfraktion, die es um sich herum versammelt hat), zeigte mangelndes Vertrauen bezüglich der Intervention in diese Bewegungen. Sie betonten die Befürchtung, dass unsere Mitgliedschaft von der kleinbürgerlichen Identitätspolitik und anderen ‚fremden Ideen‘ in diesen Bewegungen verwirrt sein könnte, und zogen es nach ihren eigenen Worten vor, sich ‚einzugraben‘ und auf Ereignisse innerhalb der offiziellen Arbeiter*innenbewegung zu warten.

Sie griffen unsere Sektionen in Irland und den USA, die erfolgreich große Kämpfe von Arbeiter*innen, Frauen und Jugendlichen führten, in denen sie Siege erzielten und gleichzeitig das Banner des revolutionären Sozialismus prinzipientreu und flexibel hochhielten, für ‚Kapitulation vor kleinbürgerlicher Identitätspolitik‘ an. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass eine solche Haltung nicht dazu geeignet ist, die proletarischen Prinzipien des Sozialismus zu schützen sondern unsere Mitgliedschaft unvorbereitet lassen würde und die kleinbürgerlichen Einflüsse in einigen der wichtigsten Massenmobilisierungen unserer Epoche unangefochten lassen würde.“ (Ein bürokratischer Putsch wird die Mehrheit des CWI nicht vom Aufbau einer starken revolutionär-sozialistischen Internationale aufhalten!)

Die falsche Methode, interne Auseinandersetzungen zu führen, bedeutete nicht nur, dass die Spaltung bürokratische Formen annahm. Der Fraktionskampf konnte so nicht einmal jene Funktion erfüllen, die er in einer genuin revolutionären Organisation leisten sollte – Erhöhung des politischen Niveaus der Organisation, Klärung und Schärfung der Argumente und damit auch des Bewusstseins der Mitglieder. Solcherart könnte ein Fraktionskampf, selbst wenn er in einer Spaltung endet, zumindest eine überaus intensive marxistische Schulung mit sich bringen.

Dass es dazu nicht kam, erfordert jedoch selbst eine Erklärung. Diese muss unsere Meinung nach gerade dort gesucht werden, wo alle Spaltprodukte (einschließlich der lange zurückliegenden

Abspaltung in Gestalt der IMT) ihre Stärke vermuten – in der ständig beschworenen „Tradition“ des CWI, die eng mit Grant, Woods, Taaffe verbunden ist. Wir werden an dieser Stelle nicht die gesamte Tradition „nacherzählen“, sondern verweisen auf einige in diesem Zusammenhang grundlegende Kritiken unserer Strömung (z. B. auf die Broschüre: Mit Nachtrabpolitik zum Sozialismus?).

Die „Tradition“ des CWI

Wir werden uns daher nur auf einige grundlegende Eigenheiten dieser Tradition des Zentrismus, also einer Organisation, die zwischen revolutionärem Kommunismus und Reformismus schwankt, eingehen, die zum Verständnis der aktuellen Krise und Spaltung von größter Bedeutung sind.

Die Entwicklung des CWI als eigenständige politische Strömung in Britannien und ab den 1970er Jahren auf internationaler Ebene ist eng mit der Arbeit der Militant-Strömung und ihrer VorgängerInnen in der Labour Party verbunden.

Um einen langfristigen, strategisch ausgelegten Entrismus, also die organisierte Arbeit in der Labour Party (und später in anderen reformistischen oder auch nationalistischen Parteien wie dem ANC) zu rechtfertigen, entwickelten die GründerInnen der Strömung um Ted Grant ein besonderes Verständnis von Entwicklung des Klassenbewusstseins und der „Radikalisierung“ der ArbeiterInnenklasse.

Im Falle einer Zuspitzung des Klassenkampfes würden die proletarischen Massen (wieder) in deren traditionelle Parteien strömen, also in sozialdemokratische und, zur Zeit vor dem Zusammenbruch des Ostblocks, auch in die stalinistischen. In manchen Ländern könnten de facto auch links-bürgerliche oder nationalistische Formationen eine solche Funktion übernehmen (z. B. ANC in Südafrika im Kampf gegen die Apartheid oder die PPP in Pakistan).

Dahinter steckte nicht nur ein Schematismus, der immer schon empirisch fragwürdig war. So schwollen im französischen Mai 1968 keineswegs einfach die „traditionellen“ Organisationen an, sondern die radikale Linke erlebte einen massiven Aufschwung. Ebenso verhielt es sich in Italien 1969 und in den Folgejahren. All dies waren günstige Bedingungen für die Schaffung direkt revolutionärer Parteien. Die Tatsache, dass die Gruppierungen des ArbeiterInnenautonomismus, des Maoismus und Trotzismus gegenüber den reformistischen Parteien über keine ausreichende Taktik verfügten, offenbart zwar eine fatale Schwäche dieser Organisationen, sie bestätigt aber keinesfalls das Schema der Militant-Strömung.

Dieses wurde Anfang der 1990er Jahre – insbesondere nach der Rechtswende der internationalen Sozialdemokratie – von der Mehrheit des CWI um Peter Taaffe ein Stück weit in Frage gestellt. Im Gegensatz zu den AnhängerInnen des CWI-Gründervaters und wichtigsten Theoretikers Ted Grant sahen sie in der Arbeit in der britischen Labour Party keine weitere Perspektive mehr und traten für den „eigenständigen“ Aufbau ein. 1992 erfolgte international die Spaltung. Sicher ging auch diese nicht ohne bürokratische Manöver und Intrigen vonstatten, aber das neu aufgestellte CWI konnte sich auf eine eindeutige Mehrheit stützen und nahm Kurs auf den Aufbau eigener Organisationen außerhalb

der traditionellen Sozialdemokratie oder auf die Mitarbeit in „neuen“ Linksparteien, also linken reformistischen Parteien (wie z. B. Rifondazione Comunista in Italien).

Die sozialdemokratischen Parteien – zuvor noch als reformistische ArbeiterInnenparteien charakterisiert – änderten praktisch überall ihren Charakter und wurden zu offen bürgerlichen Parteien erklärt.

Der Bruch war methodisch jedoch keineswegs so grundlegend, wie es auf den ersten Blick erscheinen sollte. Während die Charakterisierung der sozialdemokratischen Parteien geändert wurde, so behielten beide Strömungen die falsche Vorstellung der Entwicklung revolutionären Bewusstseins bei. Dem CWI erscheint das reformistische nämlich nicht als eine Form bürgerlichen Bewusstseins, sondern als eine notwendige Entwicklungsstufe auf dem Weg zum revolutionären Bewusstsein. Während die Strömung um Grant und Woods, also die heutige IMT (in Deutschland: Der Funke) an dem klassischen Schema und der Charakterisierung der Sozialdemokratie festhielt, führte das CWI zwar das Schema fort, aber ohne Labour oder SPD als konkrete und notwendige Zwischenstufen zur Entwicklung des Bewusstseins zu betrachten. Diese Rolle übernehmen entweder diverse „Linksparteien“ (europäische Linkspartei, reformistische Strömungen in- oder außerhalb bestehender Parteien), die Gewerkschaften oder der Aufbau „eigener“ Parteien auf einem letztlich zentristischen Programm.

Programmatisch führte das Schema schon früh, also lange vor der Spaltung von CWI und IMT, zu wichtigen Anpassungen an den Reformismus bzw. an das (angenommene) vorherrschende Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse:

- Die Militant-Strömung theoretisierte als einzige trotzkistische Strömung die Möglichkeit eines friedlichen, parlamentarischen Weges zum Sozialismus. Mittels einer Mehrheit und einer Massenmobilisierung der ArbeiterInnenklasse könne das Proletariat die Macht erobern und behaupten, ohne den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen und die konterrevolutionären Umsturzversuche der Bourgeoisie niederwerfen zu müssen.

„All die Intrigen und Verschwörungen der Kapitalisten können auf der Basis einer kühnen sozialistischen Politik, die von der Massenmobilisierung der Arbeiterbewegung unterstützt wird, nichtig werden. In Großbritannien ist eine völlig friedliche Umwandlung der Gesellschaft möglich, aber nur, wenn die ganze Kraft der Arbeiterbewegung kühn dazu verwendet wird, um die Veränderung zu bewirken.“ (Militant, What We Stand For, 1985, Zitiert nach Colin Lloyd, Richard Brenner und Eric Wegner: Voran, Vorwärts und die Militant-Tendenz: Bruch und Kontinuität einer Wende, <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm12/cwi.htm>) Mit anderen Worten: Wenn die ArbeiterInnenklasse nur wolle, müsse der bürgerliche Staatsapparat eines der mächtigsten imperialistischen Länder der Welt nicht durch eine Revolution zerschlagen und die Konterrevolution gewaltsam niedergehalten werden. Militant und ihren Nachfolgern zufolge wird das Unmöglich möglich, hört die friedliche Umwandlung auf, ein reformistisches Hirngespinnst zu sein, wenn die Massen nur „mobilisiert“ bleiben.

- Dieser fundamentale Bruch mit der marxistischen Staatstheorie und deren Revolutionsverständnis hatte notwendige programmatische Konsequenzen, die sich praktisch in allen CWI-Programmen wiederfinden. Die Frage der Zerschlagung des

bürgerlichen Staatsapparates, der Bewaffnung der Klasse (Milizen, Soldatenräte) bleibt außen vor. Dies folgt einerseits aus der theoretischen Revision, zum anderen aus der Anpassung an das vorherrschende nicht-revolutionäre Bewusstsein der Klasse, die man durch „Linksradikalismus“ nicht verprellen wollte.

- Eine weitere Form der Anpassung bestand darin, dass die Militant-Strömung (ähnlich wie andere Gruppierungen des britischen Trotzkismus) schon sehr früh die Losung einer „Labour-Regierung auf einem sozialistischen Programm“ vertrat – eine Parole, die praktisch die Möglichkeit einer revolutionären Regeneration der Labour Partei oder anderer reformistischer Parteien implizierte.
- In der Labour Party wie auch in der „unabhängigen“ Arbeit wurde die Anpassung an vorherrschende Stimmungen der ArbeiterInnenklasse – und darüber vermittelt an das bürgerliche System – noch vertieft. So weigerte sich Militant im Malvinas-Krieg zwischen Britannien und Argentinien von Beginn an, für die Niederlage des britischen Imperialismus, also der eigenen Bourgeoisie, einzutreten. In der Frage der „offenen“ Grenzen passte sich das CWI über Jahre an den Sozial-Chauvinismus in der ArbeiterInnenklasse an und lehnte es beständig ab, für die Abschaffung aller Einreisekontrolle einzutreten. Die Abschaffung jeder staatlichen Selektion zwischen „guten“ und „schlechten“, also für das Kapital verwertbaren und nicht verwertbaren MigrantInnen wäre der ArbeiterInnenklasse nämlich nicht „vermittelbar“. Statt also dem Chauvinismus in der Klasse politisch und argumentativ entgegenzutreten, wird dieser als „natürlich“ hingenommen. Diese Anpassung findet sich schließlich aktuell besonders deutlich beim sog. „Workers Brexit“, einer angeblich linken Variante des Brexit. Damit soll der Einfluss rechts-populistischer DemagogInnen wie Farage oder Johnson bekämpft werden – in Wirklichkeit läuft das CWI diesen hinterher und kehrt darüber hinaus all jenen Lohnabhängigen, die gegen den Brexit sind, den Rücken. Hier erweist sich die Nachtrabpolitik nicht nur als opportunistisch, sondern auch als nutzlos, blöde und kontraproduktiv.

Nachtrabpolitik

Die Nachtrabpolitik des CWI hat jedoch eine theoretische Wurzel. Es lehnt – ebenso wie die IMT – bewusst die Lenin'sche Konzeption der Entwicklung des Klassenbewusstseins ab, wie sie z. B. in „Was tun“ dargelegt wird. So schreibt Alan Woods in „Bolshevism: road to revolution“:

„Die Arbeiterklasse beginnt aus lebender Erfahrung mit Ausbeutung und Unterdrückung ein sozialistisches Bewußtsein zu entwickeln, angefangen mit der aktiven Schicht, die die Klasse führt. (...) Der Klassenkampf selbst schafft unausweichlich nicht nur ein Klassenbewußtsein, sondern auch ein sozialistisches Bewußtsein.“ (Zitiert nach RSO, CWI und IMT, Marxismus Nr. 30, Februar 2009, S. 57)

Wie zahlreiche andere RevisionistInnen, die die Lenin'sche Polemik gegen den Ökonomismus für „überzogen“ halten und daher meinen, seine gesamte Theorie verwerfen zu können, übersieht Woods, dass seine Vorstellung nicht nur jener von Lenin und Kautsky, sondern auch der von Marx diametral entgegensteht. Im ersten Band des Kapital legt Marx dar, dass das Lohnarbeitsverhältnis selbst das Bewusstsein der Klassen prägt. Die

Transformation des Werts der Ware Arbeitskraft in Arbeitslohn inkludiert auch eine ideologische, bewusstseinsmäßige Verkehrung des realen Ausbeutungsverhältnisses:

„Bei der Lohnarbeit erscheint umgekehrt selbst die Mehrarbeit oder unbezahlte Arbeit als bezahlt. Dort (in der Sklaverei; Anm. d. Autors) verbirgt das Eigentumsverhältnis das Fürsichselbstarbeiten des Sklaven, hier das Geldverhältnis das Umsonstarbeiten des Lohnarbeiters.

Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und grade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie.“ (Marx, Das Kapital, Band 1, S. 562)

Dies verdeutlicht wohl hinlänglich, dass sich aus der „lebendigen Erfahrung mit Ausbeutung und Unterdrückung“ überhaupt kein Klassenbewusstsein spontan entwickelt, sondern dass die „lebendige Erfahrung“, der Verkauf der Ware Arbeitskraft und noch das Aushandeln der Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft, also die regelmäßige Reproduktion des Kapitalverhältnisses, notwendigerweise bürgerliches Bewusstsein hervorbringt.

Elementarformen des Klassenkampfes – z. B.

der Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen – können zwar in der Aktion bestimmte Flausen, Mystifikationen (z. B. die Vorstellungen von „Gerechtigkeit“, vom Staat, ...) praktisch in Frage stellen. Aber sie führen keineswegs spontan zur Bildung von Klassenbewusstsein, geschweige denn zum „sozialistischen Bewusstsein“. Das rein gewerkschaftliche Bewusstsein, das zweifellos „spontan“ aus der Erfahrung in dieser Form des Klassenkampfes erwächst, stellt Marx und Lenin zufolge noch immer eine Art bürgerlichen Bewusstseins dar. Der Reformismus bürgerlicher ArbeiterInnenparteien wie z. B. der Labour Party, der SPD oder der Linkspartei ist im Grunde nichts anderes als eine Ausweitung dieser Form bürgerlichen Bewusstseins auf die politische Ebene. Gegenüber dem rein gewerkschaftlichen stellt das zwar einen Fortschritt dar, weil es die Notwendigkeit einer Partei der ArbeiterInnenklasse anerkennt – aber nichtsdestotrotz bleibt auch eine solche, reformistische Partei eine bürgerliche, auf dem Boden des Kapitalismus agierende politische Kraft, das reformistische Bewusstsein daher bürgerliches Bewusstsein.

Der Boden für die Bildung revolutionären

Klassenbewusstseins wird zwar durch Krisen, Verwerfungen, Massenaktionen, Aufstände usw. befördert, weil Fragen des Klassenkampfes und Machtfragen zu unmittelbar praktischen werden. Nichtsdestotrotz erfordert die Hervorbringung konsequent revolutionären Klassenbewusstseins auch dann eine theoretische Analyse, eine wissenschaftliche Verallgemeinerung, die nicht nur und auch nicht vorrangig aus der eigenen Erfahrung, sondern nur aus der verallgemeinerten Erfahrung aller Klassekämpfe hervorgehen kann. Diese wird nicht spontan entwickelt, sondern bedarf theoretischer Anstrengung. Revolutionäre Politik muss für den Marxismus auf einer revolutionären Theorie fußen – ansonsten ist sie keine.

Diese Theorie muss in den Klassenkampf, in die ArbeiterInnenklasse getragen werden – sei es durch politisch bewusste

Lohnabhängige, sei es durch kleinbürgerliche oder bürgerliche TheoretikerInnen, die sich den wissenschaftlichen Sozialismus zu eigen gemacht haben. In die Klasse tragen darf dabei natürlich nicht mit „Aufklärung“ verwechselt werden, sondern bedeutet, für ein Programm zu kämpfen, das eine Brücke zwischen Theorie und Erfahrung schlägt, das einen Weg weist, die beschränkten Kämpfe für soziale und politische Reformen mit dem für die sozialistische Revolution zu verbinden.

Die Vorstellung, dass Klassenbewusstsein aus der Erfahrung oder dem spontanen Klassenkampf notwendig erwachse, stellt nicht nur einen fundamentalen Bruch mit dem Marxismus dar – sie rechtfertigt logisch auch eine Nachtrabpolitik, eine Anpassung an das bestehende Bewusstsein, wie es Lenin an den ÖkonomenInnen kritisierte.

Sie unterstellt nämlich, dass rein gewerkschaftliches oder reformistisches Bewusstsein schon einen halben Schritt zum revolutionären darstellen würden, dass diese nur quantitativ erweitert werden müssen und sich organisch in „revolutionäres“ verwandeln würden.

Ökonomischer Kampf als eigentlicher Klassenkampf?

In Wirklichkeit bedeutet revolutionäres Klassenbewusstsein jedoch einen qualitativen Bruch mit dem Reformismus. Der Kampf für revolutionäre Politik beinhaltet daher in nicht-revolutionären Zeiten immer ein Ankämpfen gegen das spontane, vorherrschende Bewusstsein – auch innerhalb der ArbeiterInnenklasse. Der Verzicht z. B. auf den Kampf um „offene Grenzen“ oder Anpassung an die sozialchauvinistischen Stimmungen in der britischen ArbeiterInnenklasse in der Frage des „Workers Brexit“ stellt hingegen eine Form der Nachtrabpolitik dar, der Anpassung an das vorherrschende, nicht-revolutionäre Bewusstsein der Klasse, insbesondere an den Sozial-Chauvinismus.

Das Zitat von Woods, das bis heute dem Verständnis von Klassenbewusstsein und dessen Entwicklung bei allen Flügeln von CWI und IMT zugrunde liegt, impliziert noch eine bestimmte Haltung zu den Formen des Klassenkampfes. Bekanntlich unterscheiden Engels und in seiner Nachfolge auch Lenin und andere MarxistInnen zwischen drei Hauptformen des Klassenkampfes: dem gewerkschaftlichen, dem politischen und dem ideologischen (oder theoretischen). Die Aufgabe einer revolutionären Partei besteht darin, alle drei systematisch zu betreiben und im Rahmen einer revolutionären Strategie zu verbinden, die auf die politische Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse ausgerichtet ist.

In der CWI-Tradition wird unwillkürlich – und im direkten Gegensatz zu allen klassischen marxistischen TheoretikerInnen – der ökonomische Kampf zum Kern des Klassenkampfes.

Die Verklärung des gewerkschaftlichen Klassenkampfes zum eigentlichen Klassenkampf, des reformistischen ArbeiterInnenbewusstseins zum eigentlichen Sprungbrett für „revolutionäres Bewusstsein“ stellt letztlich eine ideologische Rechtfertigung des Workerismus dar, der die CWI-Strömung seit ihrer Entstehung prägt.

Es ist daher kein Wunder, dass diese Tendenz gegenüber Kämpfen der Unterdrückten – nationalen Befreiungsbewegungen, antirassistischen Kämpfen, dem Kampf für Frauenbefreiung oder gegen sexuelle Unterdrückung – immer wieder skeptisch, oft direkt sektiererisch auftrat. So lässt sich das bis heute an der links-zionistischen Position zu Palästina oder der sektiererischen Haltung zum nationalen Befreiungskampf in (Nord-)Irland zeigen.

Wenn wir von einer ökonomistischen Vorstellung der Entwicklung des Klassenbewusstseins ausgehen, so erscheint das nicht sonderlich problematisch, ja sogar als eine Tugend, sich auf die „echten“ ArbeiterInnenfragen zu konzentrieren.

Von einem leninistischen Standpunkt aus ist das jedoch fatal. In „Was tun“ erklärt Lenin schließlich nicht nur, dass Klassenbewusstsein von außen in die Klasse getragen werden muss – er legt auch verständlich und bündig dar, was revolutionäre Klassenpolitik inhaltlich auszeichnet.

„Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf alle und jegliche Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Mißbrauch zu reagieren, welche Klassen diese Fälle auch betreffen mögen, und eben vom sozialdemokratischen und nicht von irgendeinem anderen Standpunkt aus zu reagieren. Das Bewußtsein der Arbeitermassen kann kein wahrhaftes Klassenbewußtsein sein, wenn die Arbeiter es nicht an konkreten und dazu unbedingt an brennenden (aktuellen) politischen Tatsachen und Ereignissen lernen, jede andere Klasse der Gesellschaft in allen Erscheinungsformen des geistigen, moralischen und politischen Lebens dieser Klassen zu beobachten; wenn sie es nicht lernen, die materialistische Analyse und materialistische Beurteilung aller Seiten der Tätigkeit und des Lebens aller Klassen, Schichten und Gruppen der Bevölkerung in der Praxis anzuwenden. Wer die Aufmerksamkeit, die Beobachtungsgabe und das Bewußtsein der Arbeiterklasse ausschließlich oder auch nur vorwiegend auf sie selber lenkt, der ist kein Sozialdemokrat, denn die Selbsterkenntnis der Arbeiterklasse ist untrennbar verbunden mit der absoluten Klarheit nicht nur der theoretischen ... sogar richtiger gesagt: nicht so sehr der theoretischen als vielmehr der durch die Erfahrung des politischen Lebens erarbeiteten Vorstellungen von den Wechselbeziehungen aller Klassen der modernen Gesellschaft. Darum eben ist die Predigt unserer Ökonomen, daß der ökonomische Kampf das weitest anwendbare Mittel zur Einbeziehung der Massen in die politische Bewegung sei, so überaus schädlich und ihrer praktischen Bedeutung nach so überaus reaktionär.“ (Lenin, Was Tun, LW 5, S. 426)

Dass revolutionäre Organisationen eine klare Position zum Kampf gegen Frauenunterdrückung, gegen die Unterdrückung der Jugend, gegen Imperialismus, Rassismus und nationale Unterdrückung einnehmen, dass sie mit einem Klassenstandpunkt in diese Bewegungen intervenieren und einen revolutionären Kurs skizzieren, stellt keine „konjunkturelle“ Aufgabe dar. Sie ergibt sich auch nicht nur negativ aus der Notwendigkeit, die Dominanz bürgerlicher und kleinbürgerlichen Ideologien in Bewegungen der Unterdrückten zu bekämpfen. Vielmehr folgt die Notwendigkeit, eine Politik zu entwickeln, die sich gegen alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung wendet, aus dem Charakter des proletarischen Befreiungskampfes selbst. Die ArbeiterInnenklasse kann sich nämlich nur selbst befreien, wenn sie alle Verhältnisse umwirft, in denen der Mensch eine erbärmliches, geknechtetes Wesen ist, indem sie sich selbst durch die Revolution befreit und revolutioniert.

Das ökonomistische Schema von Woods hingegen legt auf allen Gebieten nahe, dass der Kampf gegen soziale Unterdrückung oder auch die „Staatsfrage“ durch das naturnotwendig stetig steigende Gewicht und Bewusstsein der Klasse „letztlich“ und gewissermaßen automatisch gewonnen, gelöst wird.

Die Krise des CWI ist eine Krise ihres Schemas

Die Krise des CWI muss unserer Auffassung nach als eine Krise dieses Schemas und bestimmter damit verbundener Erwartungen an die Entwicklung der ArbeiterInnenklasse, ihres Bewusstseins und des CWI selbst verstanden werden.

Anders als viele konkurrierende trotzkistische Strömungen – allen voran das „Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale“, aber auch als der Morenoismus – schien das CWI nach der Spaltung von der IMT mit großen Schritten voranzuschreiten. Die Führung der Organisation setzte sich das Ziel, zur größten „trotzkistischen“ Strömung weltweit zu werden. Nach der großen Krise 2008–2010 wurden diese Hoffnungen anscheinend noch verstärkt zum Ausdruck gebracht.

Doch der Durchbruch kam nicht. Die verschiedenen, öffentlich gewordenen Dokumente des Fraktionskampfes im CWI legen vielmehr nahe, dass die Organisation international betrachtet in den letzten 10 Jahren stagnierte. Zweitens offenbarten die wechselseitigen Vorwürfe der Fraktionen, dass die Mitgliederzahlen jahrelang übertrieben wurden, um andere Strömungen zu beeindrucken oder die Moral der eigenen Mitglieder zu heben. Diese Beschönigung der Mitgliederstatistiken funktionierte anscheinend jahrelang. Im Zuge der Krise hatte und hat das sicher eine demoralisierende Wirkung auf viele GenossInnen, die schließlich jahrelang über den Zustand der eigenen Organisation hinters Licht geführt wurden.

Drittens verschoben sich im CWI auch die politischen Gewichte und das Verhältnis zwischen den Sektionen. Jahrelang galten die Dominanz und politische Führungsrolle der englischen und walisischen Sektion, der Socialist Party (SP), als unangefochten. Doch die Autorität von Taaffe und Co. wurde ganz zweifellos unterminiert.

Politik der SP

Auch wenn die Fragen der Politik der SP selbst in den fraktionellen Auseinandersetzungen kaum zur Sprache kamen und auch wenn die Mehrheit des IEK diese praktisch nicht kritisierte, so war wohl offenkundig, dass sie politisch nicht vorankam und „bestenfalls“ weniger an Einfluss und Mitgliedern verlor als die andere große zentristische Organisation, die SWP. Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens das Festhalten am „Workers Brexit“. Für die SP stellte die Mehrheit für den Austritt Britanniens aus der EU einen Sieg der ArbeiterInnenklasse dar, die Führung der SAV in Deutschland bezeichnete ihn als „Grund zu Freude“. Und die SP in Britannien hält bis heute daran fest, dass sich Labour und die Gewerkschaften an die Spitze einer imaginären „linken“ Brexit-Bewegung stellen müssten:

„Um erfolgreich zu sein, muss Corbyn diese Botschaft beharrlich, laut und deutlich aussprechen – einhergehend mit dem Versprechen, bezüglich des Brexit und darüber hinaus Maßnahmen für die Arbeiter*innenklasse durchzuführen. Auf dieser Grundlage könnten Labour und die Gewerkschaften Massen für einen Brexit im Interesse der Arbeiter*innenklasse mobilisieren und damit auch der Kampagne der Rechtspopulist*innen gegen die EU etwas entgegensetzen.“
(<https://www.sozialismus.info/2019/04/sozialistinnen-und-der-brexit/>)

Eine „Partei“, die zwischen Sieg und Niederlage nicht zu unterscheiden weiß, die meint, die Brexit-Bewegung mit einem nationalen Weg zum Sozialismus schlagen zu können, und dabei all jenen Lohnabhängigen und MigrantInnen den Rücken kehrt, die gegen den nationalistischen Brexit-Wahn kämpfen wollen, benötigt weder die britische noch sonst eine ArbeiterInnenklasse.

Zweitens weigerte sich die SP, in die Labour Party unter Corbyn einzutreten und auf Hunderttausende nach links gehende AktivistInnen zuzugehen. Statt ihre eigene, vorschnelle Erklärung der Labour Party als „rein bürgerliche Partei“ zu revidieren, klammerte sich die Taaffe-Führung an dieser falschen Einschätzung fest und wählte die Selbstisolation außerhalb von Labour. Zweifellos hätte eine Revision der Charakterisierung der Labour Party kritische Fragen bezüglich der eigenen Vergangenheit aufgeworfen. Politisch geholfen hat diese sture Verteidigung des eigenen Fehlers sicher nichts. Erschwert wurde dieser Fehler sicher auch dadurch, dass die Labour Party unter Corbyn auf einem links-reformistischen Programm antrat, von dem sich die SP viel schwerer inhaltlich abzusetzen vermochte. Ihre falsche Haltung zum Brexit und ihre Ablehnung offener Grenzen führten außerdem dazu, dass sie in diesen zentralen Fragen des Klassenkampfes rechts von vielen Labour-AktivistInnen stand und steht.

Entwicklung anderer Sektionen

Während die SP auf dem absteigenden Ast war, errangen andere Sektionen des CWI – insbesondere die irische und US-amerikanische – durchaus beachtliche Wahlerfolge auf kommunaler oder gar nationaler Ebene.

Nicht nur Größenverhältnisse änderten sich, auch die politische Schwerpunktsetzung der einzelnen Sektionen wandelte sich und wurde unterschiedlicher. Das CWI der 1970er und 1980er Jahre folgte einem weitgehend einheitlichen Aufbauplan seiner Sektionen – der Arbeit in bestehenden Massenparteien und in den Gewerkschaften. Alle Strömungen, die eine entrüstische Arbeit verweigerten, wurden als „SektiererInnen am Rande der ArbeiterInnenbewegung“ denunziert. Eine solche oberflächliche Immunisierung der eigenen Mitglieder gegenüber der „restlichen Linken“ war naturgemäß nach dem Austritt aus Labour oder SPD nicht mehr oder nur noch bedingt möglich.

Hinzu kam, dass einige Sektionen ihren Schwerpunkt in „neuen“ reformistischen Linksparteien suchten, andere wie die SP in England auf den eigenen Aufbau setzten. Die Bautaktik wurde somit uneinheitlicher. Mit dem Linksschwenk von Labour unter Corbyn stellte sich natürlich auch die Frage, warum eine Arbeit in der zahlenmäßig stagnierenden deutschen Linkspartei unbedingt notwendig sei, während ein organisierter Kampf in der Labour Party

abgelehnt wurde. Während man sich in Britannien von der „Corbyn-Bewegung“ fernhielt, wurde zugleich die Präsidentschaftskampagne von Sanders in der offen bürgerlichen Demokratischen Partei unterstützt.

Auch die Arbeit in den Gewerkschaften, jahrelang in Form opportunistischer Anpassung an die linke Bürokratie ein Aushängeschild der englischen Sektion, wurde angesichts von Niederlagen der organisierten ArbeiterInnenklasse wie des Aufstiegs neuer sozialer Bewegungen in einigen Ländern depriorisiert. So agierte die irische Sektion vor allem in der Frauenbewegung und der Kampagne gegen Abtreibung.

Anpassung an unterschiedliche Milieus

Diese verschiedenen Taktiken und Aufbaumethoden folgten mehr und mehr den unmittelbaren Bedürfnissen einzelner Sektionen. Zugleich mussten sie früher oder später die Frage der Aufbaumethode, der Klassenpolitik (Haltung zu den DemokratInnen in den USA), der Position zu kleinbürgerlich geführten Bewegungen usw. aufwerfen.

Eine offene Diskussion über all diese Fragen war jedoch über Jahre zurückgestellt worden. Es wurde eine einheitliche Linie suggeriert, auch wenn diese in der Realität mehr und mehr aufgeweicht wurde.

Eine revolutionäre Organisation, die auf Basis eines gemeinsamen, wissenschaftlichen Programms agiert, kann mit solchen unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen nationaler Sektionen eigentlich leicht leben, da es das internationale Programm erlaubt, ebendiese in einen gemeinsamen Kontext zu stellen. Für eine ökonomistische Organisation verhält es sich grundsätzlich anders. Gehen wir davon aus, dass das revolutionäre Bewusstsein direkt aus dem Klassenkampf entsteht, so tendiert natürlich eine Verschiebung des jeweiligen Fokus auch dazu, dass sich das Milieu, aus dem das Bewusstsein organisch erwachsen soll, grundlegend ändert.

Solang alle einen Schwerpunkt auf einigermaßen ähnliche Gewerkschaftsarbeit und auf reformistische Parteien legen, werden sich noch einigermaßen ähnliche „Bewusstseinsansätze“ ergeben.

Anders wird es freilich, wenn verschiedene Sektionen in unterschiedlichen Milieus und Bewegungen agieren und intervenieren – und das noch umso mehr, als manche davon einen klassenübergreifenden Charakter tragen. Der Kampf schafft dabei selbst kein gemeinsames revolutionäres Bewusstsein, sondern unterschiedliche nicht-revolutionäre Bewusstseinsformen. Diese können Formen der Identitätspolitik und des bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Feminismus (wie in Irland darstellen), es können ebenso Spielarten des Reformismus und Sozial-Chauvinismus wie in Britannien sein.

So richtig daher der Vorwurf der ehemaligen IS-Mehrheit um Peter Taaffe auch hinsichtlich der Anpassung der irischen Mehrheit und ihrer UnterstützerInnen an die Identitätspolitik sein mag, so bleibt die ganze Kritik blind gegenüber der Tatsache, dass diese Anpassung durchaus aus der ökonomistischen Vorstellung der Entwicklung von Klassenbewusstsein entspringt, die dem CWI immer schon zugrunde lag.

Wenn die „proletarische Tendenz“ von einer Rückkehr zur „ArbeiterInnenpolitik“ spricht, so meint sie letztlich eine Rückkehr zu den echten, ökonomistischen Wurzeln des CWI. Dieser Appell mag zu einem Zusammenrücken der verbliebenen AnhängerInnen führen, zu einer Lösung der Probleme des CWI wird er nicht führen – erst recht nicht mit einer Anpassung an das vorherrschende linke, gewerkschaftliche ArbeiterInnenbewusstsein.

Umgekehrt sind bei der Mehrheit des IEK weitere Anpassungen an kleinbürgerliche Kräfte und Ideologien, vor allem aber eine Tendenz zum Föderalismus und zur Beliebigkeit zu erwarten. Anders als die Strömung um Taaffe stellt sie eher eine Koalition von GegnerInnen der „alten“ Führung dar – über einen einheitlichen Gegenentwurf dürfte sie nicht verfügen. Es handelt sich vielmehr um eine Gruppierung nationaler Sektionen, für die ihr jeweiliger „nationaler“ Aufbau im Zentrum stehen dürfte – und damit ist entweder Beliebigkeit oder weitere Spaltung vorprogrammiert.

Mit der Spaltung wird in jedem Fall die Krise des CWI nicht vorüber sein. Die politischen Fehler der letzten Jahre – wie Brexit, ... – werden in den kommenden erst recht ihren Tribut fordern. Während von der Strömung um Taaffe eher eine sektiererische Haltung zur neuen Frauenbewegung oder zur Umweltbewegung zu erwarten ist, werden andere auf Anpassung setzen. Und solche kann – nehmen wir nur den Aufstieg populistischer Bewegungen wie der Gilets Jaunes – zu weit größeren Fehlern als eine Adaption an Identitätspolitik oder Reformismus führen. Eine solche Entwicklung ist auch deshalb zu befürchten, weil alle Strömungen des CWI bislang eine Verharmlosung der reaktionären Entwicklungen der letzten Jahre eint.

Weltlageeinschätzung

So geht ihre letzte und einstimmig verabschiedete, gemeinsame Weltlageeinschätzung mit keinem Wort auf deren veränderten Charakter seit der Niederlage des Arabischen Frühlings in Syrien und Ägypten und der von Syriza ein. Natürlich bestreitet das CWI dabei nicht, dass es diese Niederlagen gegeben hat, wohl aber dass diese für die Entwicklung des globalen Kapitalismus einen Rechtsruck und eine reaktionäre Phase bedeuten.

Wie wir sehen können, kann diese selbst Massenwiderstand wie z. B. in Brasilien, Generalstreiks wie in Indien oder gar Revolutionen wie im Sudan hervorbringen. Aber das ändert nichts daran, dass die ArbeiterInnenklasse in einer Situation der Defensive agiert – einer Defensive, die nicht nur die Schwäche der Klassenorganisationen, sondern auch das Vordringen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideologien in den Bewegungen der Widerstandes wie in der ArbeiterInnenklasse selbst beinhaltet. Eine Hauptgefahr – aber sicher nicht die einzige – stellt dabei der (Links-)Populismus dar.

In den Thesen des CWI vom November 2018 erscheint dies jedoch vielmehr als Prozess, als Polarisierung, bei der erstens nicht ausgemacht werden könne, welche Kraft – Reaktion oder Revolution – im Vormarsch ist, und bei der die Entwicklung des Klassenbewusstseins letztlich nur als eine Frage der Zeit erscheint, also der spontanen Entwicklung von Massenmobilisierungen. So heißt es in dem Papier:

*„Der Aufstieg des politisch nebulösen Populismus wurzelt in der Weltwirtschaftskrise von 2007/08 und ihren Folgen. Bürgerliche Analyst*innen, darunter Francis Fukuyama und eine Reihe von Kommentator*innen, spotten darüber, dass es nicht diese Linke, sondern die Rechte war, die am meisten von den politischen Folgen dieser Krise profitierte. Das stellt die Realität völlig auf den Kopf. Die Arbeiter*innenklasse wandte sich in vielen Ländern zunächst einmal der Arbeiter*innenbewegung und der Linken zu, um eine Erklärung und Lösungen für die Krise zu finden. Die Linke hätte angesichts der Schwere der Rezession, die zur Diskreditierung des Kapitalismus und seiner politischen Vertretung führte, erheblich gewinnen können.“*
(<https://www.sozialismus.info/2019/01/die-lage-der-welt-das-kapitalistische-system-steht-vor-politisch-en-und-sozialen-umbruechen>)

Hier flüchtet sich das CWI einhellig in den Konjunktiv. Zur Bestimmung des aktuellen Kräfteverhältnisse ist leider nicht entscheidend, was hätte kommen können, sondern wie sich Bewusstsein und Kräfteverhältnis real entwickelten.

Hinter dieser Formulierung steht letztlich ein objektivistisches Hoffen, dass die „Radikalisierung“ und Bewusstseinsbildung der ArbeiterInnenklasse einem „gut aufgestellten“ CWI bei den nächsten größeren Mobilisierungen Massen in die Arme treiben würden. Die letzten Jahre zeigen, dass die Weigerung des CWI, ihren eigenen Ökonomismus kritisch zu hinterfragen und abzulegen, die Organisation zur Spaltung getrieben hat. Nur wenn das CWI, einzelne Abspaltungen oder GenossInnen die falschen methodischen Grundpfeiler ihrer Tendenz in Frage stellen, kann aus dieser Krise Positives erwachsen.